



Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint am jedem Mittwoch nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist 1,20 Mark. Der Januar-Bezugspreis für 6 Monate beträgt 5,40 Mark. Bezugsbedingungen siehe nur bei Freitag für die kommende Woche. E. K. 4248. E. K. 4249. E. K. 4250. E. K. 4251. E. K. 4252.

Die Ausgaben werden nach Kolonial-Zellen berechnet; die Preise sind freibleibend. Derzeitiges: Neue Preissenliste 10 an der Stelle. Druckerei: Halle-Zeitung, Halle a. S. Drucknummer 7431. Druck-Verlag: „Halle-Zeitung“ Halle a. S., Drucknummer 7431. Druck-Verlag: „Halle-Zeitung“ Halle a. S., Drucknummer 7431.

Friede mit Bayern.

Die Ausweisung des Rüdritts Kahr und Hoffmann. Berlin, 19. Februar. Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern ist beilegt. Zur Erledigung der letzten Streitpunkte zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über den Vollzug des Reichswehrgesetzes wurde in den letzten Tagen zwischen beiden Regierungen folgendes vereinbart: 1. Abgrenzung des Reichswehrgebietes, das durch die Abgrenzung des gegenwärtigen Gebietes der Reichswehr und des Reichsgebietes über die Einheit des Reichswehres und die Einheitlichkeit des Oberbefehls nicht berührt werden sollen. In diesem Rahmen soll:

- 1. Richtig auch bei der Abberufung des Landeskommandanten mit der bayerischen Regierung im Einvernehmen getreten und dabei über die bayerischen Wünsche möglichst Rücksicht genommen werden.
2. Bei der Verwendung bayerischer Truppen außerhalb des Landes die bayerische Regierung möglichst vorher gehört und dabei den bayerischen Wünschen die größtmögliche Rücksicht zu teil werden. Insbesondere hinsichtlich der inneren Sicherheit des Landes.
3. Die Einsetzung der gesamten Wehrmacht zur Vermeidung von Zweifeln künftig folgende Fassung erhalten:
Schon vor Kurzem der Verfassung des Deutschen Reiches und meines Schwurgesetzes und gelobe, als tapferer Soldat mein Vaterland und seine rechtmäßigen Einrichtungen lieber zu verteidigen und dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam zu leisten.

Durch vorstehende Vereinbarung wird der Behandlung weitergehender in der bayerischen Denkschrift enthaltener Wünsche nicht vorgegriffen.

Durch diese Vereinbarung ist das Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung wiederhergestellt und die Zusichnahme des bayerischen Teiles der Reichswehr auf die bayerische Regierung vom 22. Oktober 1923 entfallen.

München, 18. Februar. Zum Rüdritt Kahr gibt die Generalstaatskommission folgende Erklärung aus: Der Rüdritt hat in diesen Tagen mit der Staatsregierung eine Regelung vereinbart, die in die vollziehende Gewalt tritt und eine Teilung der bayerischen Generalstaatskommission in zwei Teile bewirkt. Die Teilung der Generalstaatskommission in zwei Teile ist notwendig, weil die Generalstaatskommission für die bayerische Staatsregierung die bayerische Staatsregierung dem Reichswehrgesetz zustimmen muß. Die Generalstaatskommission ist in zwei Teile geteilt, die die bayerische Staatsregierung dem Reichswehrgesetz zustimmen muß. Die Generalstaatskommission ist in zwei Teile geteilt, die die bayerische Staatsregierung dem Reichswehrgesetz zustimmen muß.

München, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Heute wird der Vorstand des Rüdrittschreibens des Generalstaatskommissioners a. Rahr veröffentlicht. Darin hat v. Rahr, er ist sich vollkommen darüber im Klaren gewesen, daß er durch seine Tätigkeit als Generalstaatskommissionar die Popularität einbüßen würde, die er weithin im Lande besitzt, und daß er nunmehr nach dem Scheitern des Kreuzzuges erlassen würde. Das führt Dr. v. Rahr aus, daß er mit der Teilung der vollziehenden Gewalt nicht einverstanden sei und unter diesen Umständen die Verantwortung nicht mehr tragen könne. a. Rahr hat sich bereits gestern von seinen Mitarbeitern im Generalstaatskommissionariat verabschiedet.

Der Auf nach rechts.

Der Wahlausfall in Mecklenburg. Schwerin, 19. Februar. Das Ergebnis der Landtagswahlen ist heute fest zu stellen. Die Stimmen und Mandate verteilen sich folgendermaßen: Deutschnationale Volkspartei 89 889 Stimmen (18 Sitze), Deutschsozialistische Arbeiterpartei 60 043 Stimmen (12 Sitze), Deutsche Volkspartei 21 256 Stimmen (5 Sitze), Demokratische Partei 14 707 Stimmen (2 Sitze), Ver. Sozialdemokratische Partei 69 170 Stimmen (14 Sitze) und Kommunistische Partei 43 888 Stimmen (9 Sitze).

Wie in Thüringen und in Südbaden hat nunmehr auch in Mecklenburg die Bevölkerung mit dem Ausfall der Landtagswahlen deutliche Kenntnis davon, daß man der Lösung der Probleme nicht nachhaken darf. Die Wahlresultate sind ein Beweis dafür, daß die Bevölkerung sich für die Lösung der Probleme interessiert. Die Wahlresultate sind ein Beweis dafür, daß die Bevölkerung sich für die Lösung der Probleme interessiert.

geblieben und wußte sich namentlich dank der haltlosen Schwäche der Demokraten nachdrücklich genug zu behaupten. Jetzt stehen die beiden marxistischen Parteien die erste Probe, was sie in nächster parteipolitisch vorbereiteter Lage, voll ins Kraut geschossen, und ihre Lage klar gestellt. Das historische Gesamtresultat der Landtagswahlen in Mecklenburg kann keinem Zweifel mehr über den ernstlichen Willen der Bevölkerung Raum geben, den notwendigen sozialistischen Besitzanspruch ein für allemal ein Ende zu setzen und zu einer rein bürgerlichen Regierung zu kommen. Damit hat die bürgerliche Demokratie mit einem klaren Programm der Ordnung und Befriedigung unentbehrlich die Arbeit zu erledigen vermag. Und dieser in den Parteien überwiegenen Willen ist die allgemeine Volkswille verteilt ihnen das Charakteristische. Der Sieg der Rechten als Gewerkschaften am Ende wichtiger als die Verteilung der Stimmen auf die bürgerlichen Parteien im einzelnen.

Kobach in Wien verhaftet.

Wien, 18. Februar. Die Wiener Polizei verhaftete den bayerischen Oberkonsul Kobach, der von dem deutschen Botschafter wegen Hochverrats verhaftet wird. Kobach hat sich unter dem falschen Namen eines Schauspielers Ernst Richter, auf dessen Namen auch der bei ihm gefundene Brief lautete, in Wien aufgehalten. Die Polizei hat nachgewiesen, daß Kobach in Beziehungen zu den nationalsozialistischen Kreisen in Wien stand. Kobach's Wiener Besuch wird damit in Zusammenhang gebracht, daß er versuchen wollte, auch den Wiener Nationalsozialisten für kommende Wählerereignisse eine aktive Rolle zuzuspielen.

„Mirmans 9. D. 9.“

Unter dem Terror der französischen Besatzung. Mirmans, 19. Februar. Die französische Besatzungsmacht trifft weitere Repressalien gegen die Einwohner wegen der Vorgänge in Mirmans. Die dem Bezirksamtgebäude gegenüberliegende Villa König ist von den Franzosen beschlagnahmt worden, weil bei der Errichtung des Bezirksamtgebäudes durch Einwohner aus diesem Hause auf die Separatisten geschossen worden sein soll. Von den Franzosen sind bisher 60 Personen verhaftet worden, darunter die beiden Besitzer der „Mirmanser Zeitung“. Die Polizei ist von den Franzosen empfangen worden, muß aber in Begleitung von Maroccanen Streifenpatrouille sein. Die Einwohner Mirmans sind durch die Auslieferung Mirmans folgenden Hilferuf an die Welt gelangt:

„E. D. E. Während die Separatisten mitleidlos in der Wäls umgibt, rauben und mordeten dürfen, werden jetzt in Mirmans alle französischen Bürger von den französischen Kriminellen in Gefangenschaft genommen und misshandelt. Sondern siehen aus Furcht vor Rache. Dies alles aus, weil die Bevölkerung aus Mitleid und in der Verurteilung sich der Generalstaatskommission entzogen. Die Erregung ist ungeheuer. Mirmans!“

Speyer, 19. Februar. sämtliche Weimerteilungen der Wäls sind von den französischen Besatzungsbehörden bis auf weiteres verboten worden. Das Verbot ist natürlich eine schwere Schädigung für den pflanzlichen Weinhandel.

Bilanz Separatistischer Verbrechen.

Mirmans, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie entlich die Separatisten in der Wäls gehandelt haben, zeigt folgende Statistik: Die Separatisten haben ermordet über 20 Personen, verwundet über 200 Personen, der Freiheit beraubt über 1000 Personen, ausgewiesen über 300 Personen. Dazu kommen zahllose Fälle schwerer Mißhandlung, Willkür und Gewalttat usw. Gegen die Verbrechen ist in keinem Falle von den Besatzungsbehörden eingeschritten worden.

Dr. Schacht vor dem Währungsaußschuß.

50 Milliarden Goldmark als deutsche Reparationsschuld. Paris, 19. Februar. Dr. Schacht ist gestern nachmittag von dem Währungsaußschuß des ersten Sachverständigenkomitees gehört worden. Im Verlauf der mehr als zweistündigen Sitzung sind hauptsächlich folgende Punkte der Sprache der Goldnotenbank und ihre Statuten zur Sprache gebracht worden. Heute nachmittag wird sich der Reichsausschuß wieder vor dem Ausschuß einfinden.

Malland, 19. Februar. Der italienische Delegierte bei den Berliner Sachverständigenberatungen, Prof. Flora, erklärte über die Höhe der deutschen Reparationspflichten, die Sachverständigen hätten sich zwar noch nicht auf eine bestimmte Summe geeinigt, jedoch sei erörtert worden, daß Deutschland bei einigermaßen gutem Willen eine Schuld von 50 Milliarden Goldmark bezahlen könne.

Paris, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) New York Herald glaubt zu wissen, daß die Sachverständigen beider Parteien die Wiederbelebung der deutschen Verwaltungsbehörden in dem nächsten Gebiet verlangen werden.

Die unbedingtesten Kontrollen.

Berlin, 19. Februar. Der Währungsaußschuß, dem sich die Mitglieder der Sachverständigenkommission in Deutschland hingeben, vertritt die zu allererst unbedingtesten, die sich teilweise zu Kontrollen auswirken. So haben sich z. B. fünf von den französischen Angehörigen der Kommission honorarfrei Verbrechen schuldig gemacht. Der Strafverfolgung unterliegen die Mitglieder der internationalen Kommission nicht, da sie als externer angesehen werden. Doch hat die deutsche Regierung wettmännlich erklärt, daß die betreffenden Herren aus den Kommissionen abberufen sind.

Jenseits der Schlagwortpolitik.

Eine Auseinandersetzung über Mehrarbeit und Zwangsarbeit. Es wird viel zu wenig daran gedacht, daß unsere gesamte wirtschaftliche Konstellation — die Stabilisierung unserer Währung eingeschlossen — auf einer Voraussetzung beruht: das ist die Einleitung unserer gesamten Reparationsausgleichsverpflichtungen an die Entente. Bekanntlich nicht nur Frankreich und Belgien gegenüber, sondern auch für die durch die Reparationsverpflichtung der Deutschen erwirkte Entlastung in England, d. h. das Reich hat seine Beziehung auf die Wirtschaft abgewandt und dementsprechend nicht daran, als Gesamtheit für die Abwicklung der durch dieser Gesamtheit auferlegten Lasten einzustehen. Tut es nicht; um für die innere Konstellation auf dem Gebiete der Währungsstabilisierung und der Sozialpolitik eine Lösung zu finden, so ist es notwendig, die Reparationsausgleichsverpflichtungen mit diesen beiden Aufgaben fertig zu sein, außerdem, unter Berücksichtigung des günstigen Resultats dieser Bemühungen, die Goldnotenbank in die Förderbank des Reiches an Österreich zu münden in Anbetracht vorzubereiten zu haben, um in diesem Zusammenhang weiterer Konsolidierung in Währung und Reichsfinanzkraft zur Reparationsentlastung zu geben.

Es ist also im wesentlichen die Übertragung sozialistischer Zahlungsverpflichtungen auf die Wirtschaft, was dem Staat die Sanierung ermöglicht. Man kann es daher dieser Wirtschaft weiter nicht verzeihen, wenn sie auf die Politik des Reiches nicht gerade zu sprechen ist und die Zahlungsverpflichtungen namentlich in den Weimarer Verträgen zum Übermaß, um der Gefahr einer weiteren Konstellation durch die Sozialpolitik, Eingriffe in den Produktionsprozeß führt. Seit man dem Unternehmertum nun schon einmal rüchellos die gleiche Freiheit aufzubühnende Lasten auf die Schultern, so ist es dem Unternehmertum nicht zu verzeihen, wenn es sich dagegen wehrt, auch noch andere wirtschaftlich weniger denn je zu rechtfertigende Verpflichtungen auf sich zu erheben. Eines ist jedenfalls bei der Staat nicht: die Spannung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf das rein wirtschaftliche Gebiet zu beschränken; das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist — nicht etwa für immer — und die Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten als wirtschaftlich zu betrachten.

Das steht heute deutlich aus einer Kontroverse hervor, die sich vor einiger Tagen in der „Frankfurter Zeitung“ zwischen dem bekannten Führer der rheinischen Brauereifabrikanten Dr. Silberberg und Leipart, dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, abgehandelt hat. Silberbergs Äußerungen gipfeln in dem Satz:

„Was der heutigen deutschen Lage das Kennzeichen gibt, ist die große und entscheidende wirtschaftliche Krise, die sie schwer ist und bei der es so sehr um Sein oder Nichtsein des ganzen Volkes geht, daß hinter ihr die sozialpolitischen Probleme, die man so leicht und verhängnisvoll sein, wie sie wollen, ganz nicht zurücktreten müssen.“

Leipart, und die hinter ihm stehen, wollen das nicht einsehen, sondern betrachten die Ansicht des Unternehmerrates als Ausdruck eines Motivs, als den Wunsch nach der Rückkehr zum „Normalzustand“ Standpunkt. Aber Silberberg selbst macht doch keine Vorbehalte, den Worten nicht zu überlassen, will von einer „sozialen Reaktion“ nichts wissen, will nicht in den Fehler verfallen, den durch Erwinigung überpannen, nur auf dem Boden der Theorie ersehnen sozialpolitischen Forderungen die Wirtschaft nach dem November 1918 beunruhigen hat.

Diese Auseinandersetzung wird dadurch besonders veranschaulicht, daß das Sozialpolitische, wie Silberberg meint, allzu stark mit dem Wirtschaftspolitischen verknüpft wird. Die Ausführungen Leiparts geben ihm darin unwillkürlich recht; der betrachtet die Frage des Acht-Stunden-Arbeitstages nicht wirtschaftlich, sondern sozialpolitisch, und überträgt die Frage der Mehrarbeit, hier steht aber — und das ist ein gutes Zeichen — die Wirtschaftlichkeit der Gewerkschaften ein, über die Frage zu verhandeln, man gewisse Voraussetzungen zugegeben werden. Und diese sind nun zunächst rein wirtschaftlicher Natur: restlose Ausnutzung der technischen Erzeugnisse, organisatorische Verbesserung unserer Wirtschaft. Ist man bedauerlich oft weit, die technischen Maßnahmen zur Rentabilität der Wirtschaft, deren Durchführung aber immer noch einen großen Teil von der Kreditfrage abhängt, nicht mehr als das einer Arbeitszeitverlängerung Voraussetzungen, sondern sie zu Begleitende zu betrachten, so kommt man sich schon ein gutes Stück weiter entgegen, man braucht nur in eine Prüfung einzutreten, ob diese „Bedingungen“ so ohne weiteres überaus erfüllt werden können.

Das gleiche gilt nun auch hinsichtlich der Frage des 8-Stunden-Arbeits, die in eigentümlicher Kampfbildung ist. Silberberg spricht sich gegen die Hemmung wirtschaftlicher Entfaltung auf diesem Gebiete aus und zwar gegen die Praxis der Zwangsarbeit, mit ihrer Gleichstellung geleiteter und ungleitender Arbeiter, mit ihrer Einbindung der Arbeiter, der Entlassung geleiteter und leitender Elemente, über kein Wort von der Arbeiterkollaboration des freien Arbeitervortrages, und Leipart gibt zu, daß diese letzte Forderung überaus nicht in sich für alle Unternehmer sei, daß vielmehr die Arbeitsverhältnisse durch die von den heberleitenden Organisationen abgeschlossenen Kollektivverträge zu regeln, bei einem großen Teil des Unternehmertums durchaus nicht auf Abschaffung läßt. Das ist auch gar nicht der geringste Punkt in der Auseinandersetzung, aber Leipart hat weiter gesagt, daß die Gewerkschaften gegen die Zwangsarbeit sind, vielmehr für den Wäls des tarifpolitischen Sachverständigen, wiewohl, vor allem für die Einbindung des beherrschenden Elementes, auf möglichst weite Fälle, das nicht von Antommene, sondern nur auf Anruf einer Partei erfolgen soll und schließlich für die Befriedigung der höchsten Bedürfnisse der Arbeiter auf

